

«Wir möchten nicht, dass unsere Enkelkinder uns fragen, warum wir nichts getan haben»

«Omas gegen Rechts» In Deutschland und Österreich sind sie bereits eine grosse Bewegung, nun wollen auch hierzulande ältere Frauen gegen rechtsextreme Tendenzen antreten. Wer sind sie – und was treibt sie an?

Alexandra Aregger

Am Boden klebend. Um den Baum gekettet. Oder klassisch: Mit Parolen auf die Strasse.

Ziviler Widerstand kennt mittlerweile viele Formen – und vor allem: viele Altersstufen. Ältere Frauen sind durch den Frauenstreik, aber auch durch die Klimaseniorinnen, die vor rund einem Jahr in Strassburg ein historisches Urteil feierten, an die Öffentlichkeit getreten.

Und nun die «Omas gegen Rechts». Vor acht Jahren in Österreich gegründet, macht die Bürgerinitiative auch in Deutschland Lärm. Seit März gibt es nun auch in der Schweiz einen gleichnamigen Verein.

Rosmarie Brunner steht im Garten des Basler Begegnungszentrums des katholischen Frauenbundes. Sie gestikuliert energisch mit den Händen und sagt: «Das ist erst der Anfang.»

Die 67-Jährige ist pensionierte reformierte Theologin und Mitgründerin der Schweizer «Omas gegen Rechts». Oder einfach «Omas», wie sie diese der Einfachheit halber im Gespräch nennt. Sie hat an jenem Samstag nachmittag Anfang April einen Austausch mit den ersten Mitgliedern und Interessierten organisiert. Sie hat sieben Enkelkinder, «angeschmuste», sagt Brunner und lacht. Denn man müsse keine blutsverwandten und auch generell keine Kinder oder Enkelkinder haben, um bei den Omas dabei zu sein. Es gäbe auch kein Mindestalter. Und auch Männer dürften mitmachen – einfach ohne Stimmrecht.

Frau Brunner, wer soll sich bei den «Omas gegen Rechts» engagieren?

Rosmarie Brunner: Frauen, die sehen, wie rechtsextreme Positionen immer mehr in der Mitte der Gesellschaft ankommen – und verhamlet werden. Zum Beispiel der Begriff Remigration. Er verschleierte, dass eigentlich Zwangsdeportation gemeint ist – nur klingt Remigration nicht ganz so schlimm. Das wollen wir aufzeigen.

Gegen Rechts – damit könne man auch verstehen, dass sich die Omas gegen alle rechts der Mitte stellen. Auch Bürgerliche.

Brunner: Nein, wir stellen uns nicht gegen Konservative. Der Name ist vielleicht nicht ganz präzise. Aber wir haben ihn übernommen, weil er eine Marke ist – und uns länderübergreifend verbindet. Wir engagieren uns gegen rechtsextremes Denken und Handeln und damit gegen die Gefährdung der Demokratie. Uns geht es auch nicht nur um rechts-links.

Sondern?

Brunner: Auch um unten-oben: Wir setzen uns für die Schwächeren ein, die durch Rechtsextreme abgewertet und diffamiert werden.

Hinter Rosmarie Brunner sitzen Monika Salzer und Dörte Schnell



In Deutschland ist die Bewegung der «Omas gegen Rechts» besonders gross: Eine Demonstration in Bremen vom März 2024. Foto: Markus Scholz (Keystone, DPA)

auf einer Holzbank. Sie tragen farbige Brillen, auffällige Ohrhänger, bunte Schals. Die Farben sind ein Statement. Genauso wie der Button an der Brust: «Omas gegen Rechts». Schwarze Schrift auf weissem Hintergrund. Diese Farbkombination kann keiner Partei zugeordnet werden.

Monika Salzer, 77 Jahre alt, gründete 2017 die erste Gruppe in Wien. Damals kam die rechtspopulistische FPÖ wieder in die Regierung und stand wegen der Nähe zu Rechtsextremen in der Kritik. «Ich wollte die alte Frau als politische Kraft positionieren», sagt Salzer. Die Omas seien es ihren Kindern und Enkelkindern schuldig, sich gegen rechtsextreme Tendenzen zu wehren.

Dörte Schnell, 70 Jahre alt, ist ein Aushängeschild der deutschen Bewegung. Diese wurde am 27. Januar 2018 gegründet, am Tag der Befreiung von Auschwitz.



Die «Omas gegen Rechts» als länderübergreifende Bewegung: Dörte Schnell aus Deutschland, Monika Salzer aus Österreich und Rosmarie Brunner aus Basel (v. l.). Foto: Dominik Pflüger

Die Erinnerungskultur soll aufrechterhalten werden. Die deutschen Omas mahnen mit Aktionen an Gedenktage des Zweiten Weltkriegs, sie gehen an Schulen, demonstrieren regelmässig. Und fanden schnell Tausende Anhängerinnen und Anhänger.

Frau Schnell, warum sehen Sie sich in der Schuld der Kinder und Enkelkinder?

Dörte Schnell: Wir sind die Nachkriegsgeneration. Unsere Eltern sind im Zweiten Weltkrieg gewesen, als Opfer und als Täter. Und – damit hat eigentlich jede Oma zu tun – wir haben sie immer gefragt: «Warum habt ihr nichts getan, was uns nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Für uns in Deutschland ist es ein ganz starker Motor, zu sagen: Wir möchten nicht, dass unsere Enkelkin-

der uns fragen, warum wir nichts getan haben. Darum stehen wir jetzt auf.»

Frau Schnell, warum sehen Sie sich in der Schuld der Kinder und Enkelkinder? Dörte Schnell: Wir sind die Nachkriegsgeneration. Unsere Eltern sind im Zweiten Weltkrieg gewesen, als Opfer und als Täter. Und – damit hat eigentlich jede Oma zu tun – wir haben sie immer gefragt: «Warum habt ihr nichts getan, was uns nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Für uns in Deutschland ist es ein ganz starker Motor, zu sagen: Wir möchten nicht, dass unsere Enkelkin-

der uns fragen, warum wir nichts getan haben. Darum stehen wir jetzt auf.»

Frau Brunner, wie sehen Sie das in der Schweiz?

Brunner: Das gilt auch für die Schweiz, die im Zweiten Weltkrieg zu den Profiteuren gehörte. Uns ist wichtig, dass wir nicht wieder sogenannt neutral bleiben, also profitieren. Wir müssen rechtsextreme Tendenzen benennen. Es geht darum, dass wir in der Verantwortung stehen und es uns nicht egal ist, was wir der nächsten Generation überlassen.

Warum ist es Ihnen wichtig, das als Oma zu tun?

Brunner: Weil wir die erste alte Frauengeneration sind, die sehr gebildet ist in allen Variationen. Und mit sechzig nicht schon total kaputtgearbeitet ist. Wir haben noch Energie und das Know-how, wir haben die Möglichkeiten, aufzutreten und auf den wieder wachsenden Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Männlichkeitswahn hinzuweisen.

Auftreten, das heisst demonstrieren, Menschenketten bilden, Infostände aufstellen, Bühnenaufführungen machen, andere Zivilwiderstände unterstützen.

In Deutschland ist die Bewegung besonders gross. Während sich in Österreich rund 1200 Mitglieder angeschlossenen haben, sind es in Deutschland um die 30'000 «Omas gegen Rechts». Die deutsche Tageszeitung «taz» bezeichnete sie letztes Jahr als «die wohl grösste Frauenbewegung der deutschen Gegenwart».

«Omas gegen Rechts» sind nicht nur gegen Rechts.

Die Omas werden auch allmählich politischen Akteuren ungemütlich. Friedrich Merz etwa unterzeichnete noch im Februar eine Anfrage an die deutsche Regierung, in der er die Bewegung ein «besonders umstrittenes Beispiel» für staatliche Förderung nannte. Und wissen wollte, ob es direkte Verbindungen zu bestimmten Parteien gäbe. Doch die «Omas gegen Rechts» sind ein ehrenamtlicher und kein gemeinnütziger Verein und erhalten daher auch keine staatlichen Fördergelder.

Angefeindet wurden sie auch schon von Exponenten der AfD. Ein Landtagsabgeordneter beschimpfte sie öffentlich als «abgewrackte Schabracken», die «überhaupt nichts hingekriegt haben in ihrem Leben». Die Polizei hatte daraufhin Anzeige erstattet, es kam jedoch zu keinem Strafverfahren.

Die Omas erhielten viele Hassmails und Anfeindungen, sagt Dörte Schnell. Rechte Gruppierungen würden auch zunehmend handgreiflich, «vor allem in Ostdeutschland. Dort muss man viel Mut haben, um eine «Oma gegen Rechts» zu sein.»

In der Schweiz gibt es zwar rechtsextreme Gruppierungen. Doch das politische,

konsensorientierte Klima lässt sich kaum mit Deutschland oder Österreich vergleichen. Gegen welches Rechts sollen sich die Omas hier engagieren?

Schnell: Das stimmt, ich war überrascht zu erfahren, wie sehr der Konsens hier verankert ist. **Monika Salzer:** Ich finde, jedes Land macht sich in irgendeiner Weise mitschuldig, wenn Situationen wie jetzt in Europa entstehen, wo Menschen vertrieben werden oder im Mittelmeer ertrinken. Die Schweiz lebt im europäischen Kontext.

Brunner: Und wer schweigt, macht sich mitschuldig. **Schnell:** Ich würde mir wünschen, dass sich die Schweiz im Sinne der Menschlichkeit positioniert. Jetzt kommt ja beispielsweise diese Diversitätsdebatte wieder auf, die von den USA auch hinter in die Schweiz schwappt, indem gefordert wird, dass Firmen ihre Diversitätsprogramme auflösen sollen. Da bin ich gespannt, wie sie sich verhalten.

Noch stehen die Schweizer «Omas gegen Rechts» ganz am Anfang. Einige Dutzend Interessierte aus der ganzen Schweiz hätten sich bereits gemeldet. Nun geht es gemäss Rosmarie Brunner darum, herauszufinden, welche Aktionen entstehen werden. Doch nicht nur die Mitgliederzahlen der «Omas gegen Rechts» zeigen nach oben. Die AfD erreicht dieser Tage neue Wahlumfrage-Rekordwerte. Und mit Trumps Zoll-Chaos deutet wenig auf eine konsensorientierte Weltpolitik hin. Demotiviert seien die «Omas gegen Rechts» deswegen nicht.

Schweiz ist bei Forschungsprogrammen der EU bald wieder ganz mit dabei

Bundesrat vor einem Deal Wissenschaftler können wieder an Projekten im Rahmen von Horizon teilnehmen und Studierende am Austauschprogramm Erasmus+. Ein Abkommen soll noch 2025 unterzeichnet werden.

Charlotte Walser

Der Aufschrei an den hiesigen Universitäten war gross, als die Europäische Union (EU) die Schweiz 2021 aus der Forschungszusammenarbeit Horizon Europe ausschloss. Die EU reagierte damit auf den Entscheid des Bundesrats, die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen abzubrechen.

Die Schweiz verlor dadurch den Zugang zur Champions League der Forschung. Zwar sprach das Schweizer Parlament in der Folge Gelder für Ersatzprogramme. Diese waren für die Forschenden aber kein gleichwertiger Ersatz. Auf dem Tiefpunkt der Beziehungen schrieb Brüssel Wissenschaftler in der Schweiz an und riet ihnen, an eine Hochschule in der EU zu wechseln.

Rückwirkend auch für Euratom und Digital Europe

Als die Schweiz und die EU neue Verhandlungen aufnehmen, begannen sich die Beziehungen zu verbessern. Die EU zeigte sich bereit für Übergangslösungen. Seit sich beide Seiten nun auf ein Vertragspaket geeinigt haben, steht den Forschenden der Zugang zu den meisten Ausschreibungen wieder offen. Damit sie jedoch von der Europäischen Kommission ihren Anteil an den Projektkosten wieder finanziert erhalten, ist noch ein weiterer Schritt notwendig. Dieser soll nun erfolgen.

Der Bundesrat hat das EU-Programmabkommen (EUPA) gutgeheissen und Bildungsminister Guy Parmelin ermächtigt, es zu unterzeichnen. Das ermöglicht die rückwirkende Assoziation der Schweiz per Jahresbeginn an die drei Programme Horizon Europe, Euratom und Digital Europe, wie Guy Parmelin gestern vor den Medien in Bern bekannt gab. Er sprach von einem «juristischen Rahmen für eine langfristige Zusammenarbeit».



Vom Gesamtbundesrat ermächtigt, das EU-Programmabkommen zu signieren: Bildungsminister Guy Parmelin. Foto: Adrian Moser

Eigentlich ist das EUPA Teil des ganzen Vertragspakets mit der EU. In Kraft treten wird es deshalb erst, wenn das Paket ratifiziert ist. Das EUPA kann aber bereits nach der Unterzeichnung vorläufig angewendet werden.

Beim Austauschprogramm geht es erst 2027 weiter

Die Unterzeichnung ist für November vorgesehen – noch vor der Unterzeichnung der restlichen Elemente des Vertragspakets. Es bleibe aber Teil davon, schreibt das Wirtschaftsdepartement (WBF). Das Parlament wird sich also damit befassen, wenn es über das gesamte Paket

berät. Der Text des Programmabkommens ist öffentlich.

Das EUPA regelt auch die Teilnahme der Schweiz am Austauschprogramm Erasmus+ für Studierende. Hier ist eine Beteiligung der Schweiz erst ab 2027 möglich.

Am Gesundheitsprogramm EU4Health wird die Schweiz ebenfalls teilnehmen können. Allerdings erst, wenn das Gesundheitsabkommen in Kraft tritt, das zum Gesamtpaket gehört. Laut dem WBF legt das EUPA ausserdem den Grundstein für eine mögliche künftige Teilnahme an anderen Programmen. Die EU-Förderprogramme ge-

hören laut WBF zu den weltweit renommiertesten Programmen für Bildung, Forschung und Innovation. Für die Schweiz seien sie strategisch bedeutsam. Mit dem Abschluss des EUPA könne die Zusammenarbeit fortgesetzt und abgesichert werden. Davon profitiere die Schweiz als Bildungs-, Forschungs- und Innovationsplatz sowie indirekt als Wirtschaftsstandort.

Der Pflichtbeitrag für 2025 kostet 630 Millionen pro Jahr

Für die Teilnahme am Programmjahr 2025 überweist die Schweiz ihren Pflichtbeitrag an die EU. Laut Staatssekretärin

Martina Hirayama beträgt dieser knapp 630 Millionen Franken. Das Parlament habe ihn mit dem Horizon-Paket genehmigt.

Das EUPA kann längstens bis Ende des Jahres 2028 vorläufig angewendet werden. Bis dahin dürfte das Stimmvolk über das Vertragspaket mit der EU entschieden haben. Der Zeitplan für das weitere Vorgehen steht: Im Mai soll das Vertragspaket in Bern paraphiert werden. Die Chefunterhändler werden ihre Initialen unter den Vertragstext setzen und ihn damit billigen. Vor der Sommerpause will der Bundesrat die Vernehmlassung eröffnen.

Einige Anleger scheinen die angekündigte Insolvenz bereits registriert zu haben. Nach Aussetzen der Zölle für 90 Tage erlebten die Börsenurse einen Aufschwung. Der Aktienwert von Weight Watchers International aber liegt gerade noch bei einem Wert von 0,175 Dollar pro Aktie.

Abnehmspritzen: Bedroht der Trend Weight Watchers?

US-Diätkonzern in der Krise Weight Watchers International, das einst als Synonym für die Diätkultur galt, steht kurz vor einem Insolvenzverfahren. Gemäss dem «Wall Street Journal» könnte dieses bereits nächsten Monat starten. Der Anbieter von Diätprogrammen hat seit Jahren mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Grund dafür ist die medizinische Revolution, die Abnehmspritzen wie Ozempic ausgelöst haben.

Was aber passiert nun aber mit dem Konzern Weight Watchers? Das börsennotierte Unternehmen soll ein Insolvenzverfahren nach Chapter 11 einleiten. Ziel ist es, die Firma umzustrukturieren und die Verluste zu beseitigen. Das Unternehmen muss seine Ausgaben weiter reduzieren. Im Januar dieses Jahres hat es nach eigenen Angaben bereits 121 Millionen von der noch verfügbaren Kreditlinie von 175 Millionen Dollar in Anspruch genommen, um sich finanziellen Spielraum zu verschaffen.

Liquiditätsbedarf decken

Wahrscheinlich ging es auch darum, den Liquiditätsbedarf zu decken. Die Firma steht vor der Herausforderung, Schulden in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar zu bewältigen, die in drei bis vier Jahren fällig werden. Der Abwärtstrend zeichnete sich ab, als TV-Legende Oprah Winfrey Anfang 2024 aus dem Verwaltungsrat austrat. Die Moderatorin war lange Zeit das Aushängeschild des Unternehmens, aber auch in Sorge um einen möglichen Interessenskonflikt, da sie auf ihrem TV-Kanal einen Beitrag über Medikamente zur Gewichtsreduktion ausstrahlen wollte. Es ist jedoch auch gut möglich, dass Winfrey bereits ahnte, dass mit Einführung der Abnehmspritze das Zeitalter der traditionellen Diäten zu Ende gehen würde.

Einige Anleger scheinen die angekündigte Insolvenz bereits registriert zu haben. Nach Aussetzen der Zölle für 90 Tage erlebten die Börsenurse einen Aufschwung. Der Aktienwert von Weight Watchers International aber liegt gerade noch bei einem Wert von 0,175 Dollar pro Aktie.

Nicoletta Gueorguiev

ANZEIGE

Ihr Tabakerlebnis.
Ihr Genuss.
Neugierig?

18+

SMARTCORE STICKS™ keinesfalls einnehmen oder auseinandernehmen. Dieses Produkt enthält ein scharfes Metallteil, das bei Verschlucken zu schweren Verletzungen führen kann. Von Kindern fernhalten. Weitere Informationen auf iqos.com



New IQOS
ILUMA i

Jetzt mit Touch Screen,
Pause Mode und mehr.

14 Tage testen
auf IQOS.com



Dieses Tabakprodukt schädigt Ihre Gesundheit und macht stark abhängig. Ce produit du tabac nuit à votre santé et crée une forte dépendance. Questo prodotto del tabacco nuoce alla tua salute e provoca un'elevata dipendenza.